

## KURZ GEMELDET

ÖSTERREICH

Ministerium dementiert  
totales Rauchverbot

Wien – Das Gesundheitsministerium dementierte am Freitag einen Bericht der Tageszeitung *Heute*, wonach sich SPÖ und ÖVP in den Koalitionsverhandlungen auf ein totales Rauchverbot in der Gastronomie geeinigt hätten. Minister Alois Stöger (SPÖ) würde das zwar befürworten, eine Einigung gebe es derzeit aber „definitiv nicht“. (APA)

WIEN

Feuerwehr musste Kind  
aus WC-Sitz befreien

Wien – Ein Kinder-WC-Sitz um den Hals eines zweieinhalb Jahre alten Buben machte in Wien-Landstraße einen Feuerwehreinsatz erforderlich. Nach erfolglosen Versuchen der Mutter, den Kleinen von der Brille, die er sich beim Spielen übergestülpt hatte, zu befreien, schnitten die Helfer die Kunststoffbrille auf. (APA)

## GANZ KURZ

+++ Fünf Lawinenschilder wurden seit 2011 am Gaisberg in Salzburg als Souvenir gestohlen. +++ Gegen die neue 13A-Route in Wien-Mariahilf protestieren die Anrainer weiter.

## Höhere Strafe für Sex mit Stieftochter

Jener Mann, der im Vorjahr seine junge Stieftochter geschwängert haben soll, ist nun rechtskräftig verurteilt. Denn schon vor acht Jahren hat der 33-Jährige seine damalige Stieftochter missbraucht.

Michael Möseneder

Wien – Wie sieht jemand aus, der im Vorjahr seine Stieftochter geschwängert haben soll, als sie elf Jahre alt war? Wie jeder x-beliebige Mann. Kurze, blond gefärbte Haare, Dreitagebart, keine auffälligen Gesichtszüge. So sitzt Roland M. im Oberlandesgericht Wien vor dem Richtersent unter Vorsitz von Dietmar Krenn. Um zu erfahren, wie lange er ins Gefängnis muss. Denn der 33-Jährige hat schon 2005/06 eine andere Elfjährige sexuell missbraucht – und zwar seine Stieftochter, das Kind seiner damaligen Frau.

Im heurigen Jänner wurde er dafür in Eisenstadt zu drei Jahren und zwei Monaten verurteilt, sowohl der gebürtige Wiener als auch die Staatsanwaltschaft beriefen dagegen. Dass er schuldig ist, hat schon der Oberste Gerichtshof entschieden, nun geht es nur mehr um die Strafhöhe.

Im Jahr 1998 begann er eine Beziehung mit der Mutter des Mädchens, im Jahr 2001 wurde geheiratet. Im selben Jahr wurden wegen „der desolaten Lebensumstän-

Roland M. will anonym bleiben, solange Kameras im Saal sind. Seine Verurteilung zu drei Jahren und acht Monaten Haft verhindert das nicht.

Foto: APA



de des Ehepaares“, wie es im Urteil heißt, das Opfer und ihre jüngere Schwester in einem Kinderheim untergebracht.

Ab Sommer 2005 durften die Kinder alle zwei Wochen das Wochenende bei Mutter und Stiefvater verbringen. Kurz darauf begann das Martyrium der Elfjährigen – der Stiefvater kam in der Nacht und verging sich an ihr.

Er selbst leugnet und schüttelt auch am Freitag immer wieder den Kopf. Im Jänner behauptete er, seine Ex-Frau und deren Vater

hätten das Mädchen beeinflusst, ihn zu belasten. Außerdem betonte er, dass er selbst bereits in der Kindheit missbraucht worden sei.

Dass er in einer SMS an das Mädchen schrieb, dass er von ihr träume und sich nach ihr sehnte, kümmerte M. dabei offenbar nicht.

Damit nicht genug: Schon 1999 stand der gebürtige Wiener vor dem Jugendgericht, da er eine damals Zehnjährige missbraucht haben soll. Damals kam er mit einer

Bewährungsstrafe und der Verpflichtung, eine Psychotherapie zu absolvieren, davon.

Nach kurzer Beratung verkündet Richter Krenn die Entscheidung: Die Strafe wird auf drei Jahre und acht Monate erhöht.

Das Furchtbare an diesem Gerichtstag: Es gibt noch Unvorstellbareres. Denn davor war ein Mann zu zehn Jahren Haft verurteilt worden. Wegen der Vergewaltigung einer Dreijährigen – während die Mutter ihrem Kind den Mund zuhielt. Die Frau erhielt vier Jahre und sieben Monate.

## GERICHT

## Schruns muss Schuldenberg abbauen

Rechnungshof kritisiert mangelnde Schuldentransparenz, Gemeindebund kontert

Bregenz – Bis 2018 werden sich die Schrüns nichts mehr leisten können. So lange wird es dauern, bis Schrüns, mit 3663 Menschen größte Gemeinde des Montafons, die Schulden von 13,4 Millionen Euro im Griff hat. „Der Haushalt ist aus dem Ruder gelaufen“, umschrieb Karin Jenny-Url, stellvertretende Direktorin des Landesrechnungshofes, bei der Präsentation des Prüfberichts das Finanzdesaster. Nun muss gespart werden.

Schrüns ist die erste Kleingemeinde, die der Landesrechnungshof geprüft hat. Erst im Jänner des Jahres wurden die Prüfkompetenzen auf Gemeinden unter 10.000 Einwohner erweitert. Der Prüfbericht zeigt, wie wichtig es ist, die Finanzgebarung kleiner Kommunen von Experten überprüfen zu lassen. Der Landesrechnungshof erarbeitet mit der Gemeinde einen mittelfristigen Finanzplan bis 2017.

## Keine Planung

Schrüns erbringe als Hauptgemeinde des Montafons Leistungen für die gesamte Region und trage die Hauptlast der Finanzierung, nennen die Prüfer einen Grund für die hohe Verschuldung. Ein weiterer sind Investitionen in Infrastruktur, die ohne „zielgerichtete Planung“ (Jenny-Url) erfolgte.

Ein zusätzliches finanzielles Risiko trage die Gemeinde durch Beteiligungen an Tourismus-Gesellschaften. In Tourismusprojekte, die Haupteinnahmequelle der Gemeinde, würde ohne Konzept investiert, kritisieren die Prüfer.

Der Rechnungshof empfiehlt daher ein neues Tourismuskonzept und regionale Kooperation. Das scheint im Montafon aber nicht so einfach zu sein, wie auch der Rechnungshof einräumt.

So werden sich die zehn Bürgermeister des Tales nicht über die Finanzierung der neuen Montafon Tourismus GmbH einig. Erschwerend komme dazu, dass vier Bergbahnunternehmen parallel tätig

sein und ebenfalls Tourismusleistungen anbieten. „Latentes Konfliktpotenzial“ ortet der Rechnungshof und empfiehlt der Gesellschaft, einen Businessplan zu erstellen. Den Bürgermeistern rät der sich „umgehend zu einigen“.

Der Bundesrechnungshof veröffentlichte am Donnerstag Prüfberichte über acht Gemeinden. Die Prüfer kritisieren den hohen Schuldenstand der Kommunen.

In fünf der acht Gemeinden seien die Schulden gestiegen.

Zudem würden Schulden von Beteiligungsgesellschaften nicht in allen Gemeinden transparent dargestellt. Das Team Stronach reagierte auf die Kritik und wirft den Gemeinden „Schulden-Versteckspiel“ vor. Gemeindebund-Präsident Helmut Mödlhammer konterte via ORF: In den Gemeinden werde nichts verschleiert. (jub)

## Letzte Hürde für Hotel im See

Gmundner Gemeinderat entscheidet im Dezember

Kerstin Scheller

Gmundner – Nur mehr eine Hürde, wenn auch keine kleine, muss das umstrittene Projekt Seehotel Gmundner nehmen, um realisiert werden zu können. Es bedarf noch einer Zweidrittelmehrheit im Gemeinderat. Peter Freunschlag, der das Projekt „Lacus Felix“ vor kurzem vom Industriellen Hans Asamer übernommen hat, zeigt sich aber optimistisch, dass „im Frühjahr 2014 die Bagger auffahren werden“. Der Präsident des Linzer Eishockey-Clubs Black Wings, zugleich auch Geschäftsführer der GPM-Group, die auf Bauertätigkeiten fokussiert ist, hat die Finanzierung des 85-Millionen-Euro-Projektes jetzt „unter Dach und Fach gebracht“.

Bereits seit 2006 existiert der Plan, auf einer künstlich geschaffenen Insel im Traunsee ein Luxushotel zu errichten. Doch das Vorhaben geriet immer mehr in Verruf, wie der STANDARD vergangene Woche im ALBUM berichtete. So brachten die Grünen eine Sachverhaltsdarstellung bei der Staatsanwaltschaft ein, worauf ermittelt wurde. Der Vorwurf lautete, die Stadtgemeinde habe das Seegrundstück zu billig an die Investoren verkauft und auch auf

eine Pönale von zwei Millionen Euro im Fall einer Verzögerung des Projektes verzichtet.

Die Ermittlungen wurden inzwischen eingestellt, und auch „alle rechtskräftigen Bescheide liegen vor“, erklärt Freunschlag. „Es gab keine klebrigen Hände, keine Gefälligkeitsgutachten“, versichert auch Hartmut Geese des Hotelbetreibers RIMC Austria.

30 Meter hoch soll das ellipsenförmige Hotel werden. 15 Nobel-Chalets sowie Wohnungen sind zudem geplant. Erst wenn das erste Hotelstockwerk steht, darf laut Vorgabe der Gemeinde der Bau der Wohneinheiten beginnen.

## Fristverlängerung

Dennoch fehlt von politischer Seite noch ein Beschluss, um loslegen zu können. Erst muss noch die Fristverlängerung für das Rückkaufrecht genehmigt werden. Eigentlich hätte bereits bis Ende dieses Jahres das Viersternehaus laut Vertrag stehen müssen. Wenn nicht, besitzt die Stadt das Recht, das Seegrundstück zurückzukaufen. Wegen nicht vorhersehbarer Verzögerungen soll diese Frist nun bis 31. Mai 2014 verlängert werden, erklärt Freunschlag. Am 12. Dezember wird der Gemeinderat darüber abstimmen.

WIE WIRKT  
1914 NACH?Schwerpunktausgabe  
am Samstag, 30. November 2013

Am 28. Juni 1914 wurde der Thronfolger von Österreich-Ungarn, Erzherzog Franz Ferdinand, in Sarajewo ermordet. Dieses Attentat war der Auslöser für den Ersten Weltkrieg, der eine epochale Zäsur mit enormen Folgen für die ganze Welt war, die bis in die Gegenwart reichen. Die STANDARD-Schwerpunktausgabe „Wie wirkt 1914 nach?“ begibt sich auf Spurensuche nach bisher wenig beleuchteten Aspekten dieses historischen Großereignisses vor hundert Jahren und ordnet es in die aktuelle weltpolitische Lage ein. Ausgewählte Texte werden dazu in acht verschiedene Sprachen übersetzt.



Die Zeitung für Leser